

Ruf nach dem Dreizehnten in der AHV

Kongress des Gewerkschaftsbundes

Sx. Bern, 24. Oktober

Während dreier Tage debattieren die Delegierten am ordentlichen Kongress des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) im Kursaal Bern über zahlreiche Positionspapiere zur Arbeitswelt und Sozialpolitik. SGB-Präsident Paul Rechsteiner zog zunächst eine kritische Bilanz der gewerkschaftlichen Arbeit in den vergangenen vier Jahren (siehe auch NZZ 12. 10. 02). Der SP-Nationalrat fand es bedenklich, dass die Gewerkschaften in den letzten Jahren nur bei der Abwehr von Verschlechterungen in den Sozialversicherungen erfolgreich gewesen seien, dagegen bei der Gestaltung neuer Elemente nicht vorangekommen seien. Er forderte den Kongress auf, sich in der Sozialpolitik neue Ziele zu stecken.

Mehrere Vorstösse zu AHV und BVG

Lancierte der Gewerkschaftsbund vor vier Jahren in Davos die Politisierung der Löhne mit dem Slogan «Kein Lohn unter 3000 Franken», möchte er nun die Rentendiskussion mit neuen Ideen beleben. Zum einen fordern einzelne Gewerkschaften Szenarien zum Ausstieg aus dem Drei-Säulen-Modell zugunsten eines Vollausbaus der AHV, zum andern wartet der Schweizerische Eisenbahnerverband (SEV) mit dem ebenso griffigen wie teuren Begehren nach einer 13. AHV-Rente auf. Dieser Dreizehnte für alle Rentner würde jährlich 2,3 Milliarden Franken kosten.

Der Vorstand des Gewerkschaftsbundes lehnt zwar einen Ausstieg aus dem Drei-Säulen-Modell ab, befürwortet aber einen Umbau der Altersvorsorge mit einer verstärkten AHV. In diesem Sinne stellt er sich auch hinter das Begehren der Eisenbahner. Finanziert werden soll dieser weitere Ausbau der AHV nach den Vorstellungen der Gewerkschafter durch das überschüssige Gold der Nationalbank. Reichen wird dies freilich nicht. Deshalb wandte sich der SGB-Sekretär Serge Gaillard mit dem Hinweis auf die 13. AHV-Rente gegen einen Antrag des VPOD, der sich gegen jede Erhöhung der Mehrwertsteuer ausgesprochen hätte. Der Kongress wird sich mit diesem Thema am Freitag befassen.

Löhne in der Verbandspresse

Am Donnerstag diskutierte der Kongress wieder einmal über die Lohntransparenz. Der Tabubruch vom 14. Juni 1995 liegt schon eine Weile zurück und war ohne konkrete Folgen geblieben. Der SGB-Frauenkongress setzte sich am Donnerstag mit seinem Begehren gegen den Vorstand durch, die Löhne des Gewerkschaftspersonals müssten in der Verbandspresse publiziert werden. Damit dürfte sich der Beachtungsgrad der selten genug Aufsehen erregenden Verbandsorgane zumindest partiell erhöhen. Im Weiteren liegen von Seiten des Frauenkongresses zahlreiche Forderungen zur Gleichstellungspolitik und Arbeitsbewertung vor, doch die Prioritäten der Arbeitnehmerschaft liegen gegenwärtig fraglos in anderen Bereichen.

Zu diesen thematischen Brennpunkten zählt etwa der Service public. Paul Rechsteiner glaubt, der Gewerkschaftsbund habe hier seit dem Davoser Kongress 1998 inhaltlich die grösste Wende hinter sich. Man sei von der gemeinsam mit der SP betriebenen sozialen Begleitung der Liberalisierungen abgerückt zugunsten einer entschlossenen Verteidigung des Service public. Diese radikale Wende habe im erfolgreichen Referendum gegen das Elektrizitätsmarktgesetz kulminiert. Der Service public steht auch am Freitag auf der Traktandenliste des Kongresses.

Gesetzliche Regelung für Sozialpläne

In seiner Eröffnungsrede mahnte Rechsteiner im Weiteren das Justizdepartement, mit der Arbeit an einer gesetzlichen Regelung der Sozialpläne vorwärts zu machen. Es dürfe nicht mehr vorkommen, dass wie nach der Swissair-Pleite Sozialpläne für Entlassene im Ausland mit Steuergeldern bezahlt werden müssen, während die Mitarbeiter im eigenen Land wegen fehlender gesetzlicher Grundlagen für einen Sozialplan leer ausgehen.